

wurde unwiderlegbar bewiesen, daß das ZK der rechten Sozialrevolutionäre gegen die Sowjetmacht mit den reaktionärsten Elementen kolaborierte, Spionage zugunsten der Weißgardisten trieb, Mitglieder seiner Partei in die Rote Armee einschleuste, um sie zu desorganisieren, und Aufstände und Aufruhr auf dem Lande organisierte.

Das schändlichste aller Verbrechen, die die Mitglieder des ZK der rechten Sozialrevolutionäre auf dem Gewissen hatten, war der Terror gegen die Führer der Revolution. Die beim ZK der rechten Sozialrevolutionäre tätige Kampfgruppe hatte den Mord an Wolodarski und Urizki sowie einen Anschlag gegen Lenin organisiert. Einer der führenden Männer dieser Partei, Gotz, führte Verhandlungen mit dem Petrograder Parteikomitee der rechten Sozialrevolutionäre über die Sprengung des Zuges, in dem die Sowjetregierung im März 1918 aus Petrograd nach Moskau unterwegs war. Die verbrecherische Tätigkeit des Zentralkomitees der rechten Sozialrevolutionäre zusammenfassend, erklärte das Oberste Gericht in seinem Urteilsspruch: „Die gesamte Tätigkeit der rechten Sozialrevolutionäre. .. zeugt davon, daß diese Partei keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Partei ist, daß sie ihren Namen und die darin enthaltenen sozialistischen Elemente zum Betrug der Massen ausnutzt, daß sie eine konterrevolutionäre Partei der Volksfeinde ist.“

Das sowjetische Gericht riß den eingefleischten Konterrevolutionären die „sozialistische“ Maske vom Gesicht. Und obgleich die Organe der GPU auch noch später gegen die von den Sozialrevolutionären geschürte Untergrundbewegung zu kämpfen hatten, bedeutete der Prozeß gegen die rechten Sozialrevolutionäre den politischen Tod dieser Partei und einen schweren Schlag gegen die rechten Sozialisten anderer Länder, die mit Schaum vor dem Mund diese Verbrecher verteidigten.

Von gewaltiger Bedeutung für die gesamte spätere Tätigkeit der GPU-OGPU war die Resolution der XII. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) zur Frage der sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen.¹²⁵

In der Resolution wurde darauf hingewiesen, daß die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen, trotz der ernsthaften Spaltungen im antisowjetischen Lager, bemüht sind, die sowjetische Legalität